

on König Georg dem  
König und über den  
Vertrag abzustimmen.  
Der Hof von St. Peter  
in Westminster  
an einem Ereignis,  
das als Zeichen der  
künftigen Wissens-  
schaften gesehen wurde. „Es  
ist Hoffnung,“ sagte  
seiner Thronrede,  
die Jahrhunderte,  
die jetzt unterbreiten  
sollten.

Die sagte dem Par-  
tiedienstvertrag zwis-  
chen England und Irland sei be-  
genommen worden  
zweier Bö-  
sicht, dem irischen  
überleben, bringt ein  
Schluss, welchen der  
Sir James Craig  
Minister Lloyd George

sche Reichsbank hat  
gekauft in Berlin aus-  
sichtenbericht 4,750,-  
Jahr \$10,793,181) Pa-  
gegeben, so daß sie  
10,000 Mark (\$246,-  
Papier in Umlauf hat.  
Russland. In den  
Städten sind weitere  
Setten für Typhus-  
ausgestellt. Laut  
offenen Meldungen  
sterblichkeit in den  
infolge des Man-  
ns mitmachen zu. Aus-  
berichtet, daß dort  
Malaria, Cholera und  
sind.

**Kunst**  
und Import  
— Kreuzweg.  
Nestgewänder  
— Glasmalereien  
ausgeführt.

**GINA, SASK.**

**ends**

**nas**

**ear!**

**Ltd.**

**Sask.**

### St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung  
in Kanada, erscheint jeden Donnerstag in  
Winnipeg, Sask., und kostet bei Vorab-  
zahlung:

In Canada, per Jahrgang \$2.00

In Ver. Staaten u. Ausland, \$2.50

Einzelne Nummern 10 Cents.

Aufdruckungen werden berechnet zu  
1.00 Dollar pro Zoll einschließlich für die  
erste Einrichtung, 50 Cents pro Zoll für  
nachfolgende Einrichtungen.

Postalnotizen werden zu 20 Cents pro  
Zeit wöchentlich berechnet.

Geschäftsanzeigen werden zu \$2.00  
pro Zoll für 4 Zeilen, oder \$20.00  
pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei  
großen Aufträgen gewährt.

Jedoch nach Ansicht der Herausgeber  
für eine erstklassige katholische Familien-  
zeitung unpassende Anzeige wird unbedingt  
zurückgewiesen.

Ran abssiere alle Briefe u. s. w. an  
ST. PETERS BOTE,  
Muenster, Sask., Canada.

# St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur  
Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw. Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw. Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Büren zu Münster, Sask., Canada.

18. Jahrgang, No. 16. Münster, Sask., Donnerstag den 29. Dezember 1921. Fortlaufende Nr. 930.

### Vom Ausland.

Berlin. Feldmarschall von Hindenburg sagte in einer kürzlichen Unterredung, daß die neuen deutschen Farben schwarz-rot-gold nicht hätten angenommen werden sollen, denn für ihn verhinderten die Farben des Bruderkrieges im Jahre 1866 zwischen Preußen und anderen deutschen Staaten. Ein Historiker im Vorwärts verteidigt die Farben der republikanischen Fahne mit der Begründung, daß sie aus mittelalterlichen Zeiten zurückgehen. Kaiser Ludwig, der Kaiser, schenkt schon im Jahre 1336 schwarz-rot-gold für die Farben seines Heeres gewählt zu haben. Im Jahre 1815 nahmen die deutschen Burschenschaften die Farben als das Banner der Freiheit und des Fortschrittes an. Reaktionäre Behörden verbieten später die Farben, aber im Jahre 1848 wurden sie wieder als Symbol für deutsche Einigkeit eingeführt. Sie kamen aber damals unter amtlichen Bann. Bismarck mischierte schwarz-rot-gold und trockenfarbene Bemühungen in vielen Kreisen für ihre Beibehaltung wurden sie im Jahre 1871 als die Farben des neuen deutschen Reiches verworfen. Der Verfasser verweist auf Gedichte von Heine und Freiligrath vor 70 oder 80 Jahren, als Schwarz den Untergang der Tyronei versinnbildlichte, Rot Blut, und Gold die heilige Flamme der Freiheit bedeutete. (Wir sind der Ansicht, daß schwarz-rot-gold sich gut eignet für das neue deutsche Reich; denn golden war die Vergangenheit, rot ist die Gegenwart, schwarz die Zukunft. D. R.)

Die Budgetkommission des Reichstages hat beschlossen, Präsident Eberts Gehalt, das jetzt 300,000 Mark beträgt, wegen der Entwertung der Mark und der dadurch entstandenen hohen Preise, zu erhöhen, und ihm außerdem einen Repräsentationsfond von 400,000 Mark jährlich zu verwilligen.

Als eine Folge des Rückgangs des deutschen Wechselkurses und der gewaltigen Schwankungen im Aktienmarkt hat der Allgemeine Bankverein für Westdeutschland in Düsseldorf seine Zahlungen eingestellt und ist in die Hände eines Maiorenverwalters übergegangen. Ursprünglich gab die Bank ihre Verluste, die angeblich durch Spekulation der Mitglieder des Aufsichtsrates veranlaßt wurden, auf 120 Millionen Mark an, doch hat sich nunmehr herausgestellt, daß diese Verluste bedeutend höher sind.

Die Versendung von Weihnachts- und Neujahrskarten und Glückwunschtelegrammen mag von Postminister Giesberts durch Einführung neuer, fast unerreichbarer Post- und Telegraphenraten sorgfältig gemacht werden. Minister Giesberts hat der Regierung dringend empfohlen, die Postkarten für Briefe, Postkarten und Telegramme auf das zwanzigjährige der vorhergehenden Raten zu erhöhen. Da auch die Fracht- und Passagierraten auf den Bahnen um das Zwanzig bis Dreißigfache erhöht worden sind, beginnt die Presse aufzumucken. Sie wirft der Regierung vor, daß sie den inneren Verkehr vollständig lähmte. Sie sagt, die ärmeren Klassen der Bevölkerung würden aufhören müssen, Briefe zu schreiben, wenn sie 2 M.

Porto für einen gewöhnlichen Brief entrichten müßten.

Berichte aus Breslau und Gleiwitz melden nach Berlin, in dem Teil des oberösterreichischen Industrie-Gebiets, der Polen zugesprochen worden ist, hätten bereits französische, englische, italienische und tschecho-slowakische Kapitalisten begonnen, sich die Kontrolle zu verschaffen. Die Berliner Lokalanzeiger erklärt, jener Industrie-Bezirk sei tatsächlich Fremden, nicht den Polen, in die Hände gespielt worden. Engländer sollen bedeutendes Kapital in Eisen-Industrie angelegt, Tschecho-Slowaken sich die Kontrolle einer Anzahl von Gruben gesichert haben; Franzosen und Italiener sollen mittels polnischer Strohmänner bedeutende, teilweise kontrollierende Anteile in verschiedenen wichtigen Industrien erworben haben.

Während die Augen der Welt nach Washington gerichtet sind, hat Frankreich ganz im Geheimen diplomatische Sendlinge nach Moskau geschickt. Die deutsche Regierung hat auf vertraulichem Wege die Mitteilung erhalten, daß die französischen Mission am 2. Dezember in Moskau eingetroffen sei. Die Zweck soll sein, zu erkunden, ob in den russischen Regierungskreisen Stim- mung für eine Erneuerung des russisch-französischen Bündnisses zu finden sei. Es scheint, daß die Franzosen sofort nach der Erzielung eines Sondervertrages mit den türkischen Nationalisten begonnen haben, sich nach Russland zu wenden.

Der französische Gesandte in Wien soll beauftragt werden, den russischen Regierung in Moskau zu informieren, der Zaren schuld und der Annahme des Vertrages von Versailles abhängig gemacht und dafür angeboten habe, daß die Alliierten Deutschland diktionieren würden, welche Entchärgung es an Russland zahlen sollte. Dies würde die Summe sein, die Russland Frankreich schuldet, und Frankreich würde die erste Hypothek darauf haben. Im Artikel 116 des Vertrages von Versailles ist den Alliierten das Recht zugesprochen, zu sagen, was Deutschland an Russland zahlten soll. In Deutschland will man erfahren haben, daß die Haltung der Sowjetregierung gegen Frankreich sich bereits geändert habe.

Dortmund. Der ehemalige deutsche Kronprinz, der seit November 1918 in Bremen lebt, beabsichtigt nach Deutschland zurückzukehren. Er will die holländische Regierung um Erlaubnis zu seiner Abreise im Frühjahr ersuchen. Friedrich Wilhelm gedenkt mit Frau und Kin-

dern auf seinem Gute Dels das Leben eines Gutbesitzers zu führen. Mitglieder seines Gefolges und einige Diener des früheren Kaisers gehen nach Dels, um Vorberei- gungen für die Ankunft des Prinzen zu treffen.

Madrid, Spanien. Die erste Sendung deutscher Lokomotiven für die spanischen Eisenbahnen ist hier eingetroffen. Die Maschinen werden zurzeit ausprobiert und sollen dann auf der spanischen Südbahn, die deren 25 bestellt hat, in Dienst gestellt werden. Eine Anzahl Eisenbahnwaggons aus den Ver. Staaten wird demnächst erwartet. Nach deren Eintreffen soll der Durchverkehr, der seit dem Krieg aufgegeben war, wieder eingesetzt werden.

Madrid, Spanien. Der Präsident von Österreich bezeichnet ein Gehalt, welches zum derzeitigen Wechselkurs etwa \$150 im Jahre gleich kommt und ist damit das schlechtest bezahlte Haupt irgend eines Staatswesens der Welt. Das Gehalt des Präsidenten Ebert von Deutschland ist das zweitniedrigste, ist aber vielleicht ein, um einen Laib Brot zu kaufen zu können. Der Präsident spricht mit Lloyd George, mit dem er am 18. Dez. zusammenkam, um über Gewährung eines Moratoriums für Deutschland zu beraten, den Stand der Dinge.

London. Es gehen jetzt Befreiungen vor sich, die auf eine Fünfmächte-Entente zur Erhaltung des status quo in Europa hinzu- riegen. Diese Entente soll die Ver. Staaten, England, Deutschland, Frankreich und Italien einschließen. Die Premierminister Lloyd George, Briand, Bonomi und Birch erörtern dieses Übereinkommen, das die gleichen Bestimmungen enthalten soll wie der Birminghamevertrag über das Gebiet des Stillen Ozeans. Italien und Großbritannien sind bereits in der Angelegenheit in vollem Einvernehmen. Deutschland ist bereit, einem solchen Abkommen beizutreten, wenn die Ver. Staaten sich beteiligen. Frankreich allein hält noch zurück und verlangt, daß das Abkommen hinreichende militärische Garantien für seine Sicherheit enthalte. Es heißt, daß die Bildung dieser Entente der wahre Grund sei, warum Lloyd George den französischen Premier Briand eingeladen habe, nach London zu kommen. Lloyd George hat in seiner Botschaft an Frankreich und Italien bestont, daß Amerika sich jetzt nicht

Woch war das Steigen der Brotpreise von 34 auf 74 Kronen die direkte Ursache der schlimmsten Plunderung, welche die Stadt je gesehen hat. Mit Recht wird deshalb die Frage aufgeworfen: „Was wird das Volk erst tun, wenn der Laib Brot auf 600 Kronen steigt?“ Diese gewaltige Preistiegerung steht am 1. Jan. automatisch ein, da am diesem Tag der Beschuß der Regierung in Kraft tritt, daß, ange- sichts des stetig wachsenden Defizits im Staatshaushalt, weiter keine Summen verwilligt werden können, um die Brotpreise auch innerhalb der Zahlungsmöglichkeit des armen Mannes zu halten. Nach Neujahr wird der halbe Taglohn des durchschnittlichen Arbeiters erforderlich sein, um einen Laib Brot kaufen zu können. Premierminister Briand spricht mit Lloyd George, mit dem er am 18. Dez. zusammenkam, um über Gewährung eines Moratoriums für Deutschland zu beraten, den Stand der Dinge.

Paris. Die deutsche Regierung setzt am 15. Dez. in einer Note die Gutmachungskommission der Alliierten in Kenntnis, daß Deutschland weder die am 15. Januar fällige Entschädigungszahlung von 500,000,000,000 Mark Gold, noch die Zollabgabe von 275,000,000 Mark Gold, die am 15. Februar fällig ist, machen kann, und bat um Aufschub. Premierminister Briand spricht mit Lloyd George, mit dem er am 18. Dez. zusammenkam, um über Gewährung eines Moratoriums für Deutschland zu beraten, den Stand der Dinge.

Sofia, Bulgarien. Nunmehr wurden die vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Bulgarien und den Ver. Staaten wieder aufgenommen. Charles S. Wilson, der amerikanische Gesandte, überreichte König Boris sein Beglaubigungsbrief. Bulgarien habe eine Basis in der Nähe der Stadt der Botschaft in Paris. Die beiden Premiers beklagten Beheimatung ihrer heimigen Botschaften.

London. Es geht jetzt Befreiungen vor sich, die auf eine Fünfmächte-Entente zur Erhaltung des status quo in Europa hinzu- riegen. Diese Entente soll die Ver. Staaten, England, Deutschland, Frankreich und Italien einschließen. Die Premierminister Lloyd George, Briand, Bonomi und Birch erörtern dieses Übereinkommen, das die gleichen Bestimmungen enthalten soll wie der Birminghamevertrag über das Gebiet des Stillen Ozeans. Italien und Großbritannien sind bereits in der Angelegenheit in vollem Einvernehmen. Deutschland ist bereit, einem solchen Abkommen beizutreten, wenn die Ver. Staaten sich beteiligen. Frankreich allein hält noch zurück und verlangt, daß das Abkommen hinreichende militärische Garantien für seine Sicherheit enthalte. Es heißt, daß die Bildung dieser Entente der wahre Grund sei, warum Lloyd George den französischen Premier Briand eingeladen habe, nach London zu kommen. Lloyd George hat in seiner Botschaft an Frankreich und Italien bestont, daß Amerika sich jetzt nicht

zurückhalten könne, nachdem es das Pazifische Abkommen unterzeichnet habe, und sich nicht mehr weigern kann, um die Frieden in Europa mitzuarbeiten. Auch wurde die neue Entente nicht zur Sendung von Truppen verpflichtet im Falle eines Krieges. Dies ist aber der Punkt, an dem Frankreich sich stößt.

Adana, Cilicien. Der nördliche Osten, der im großen Kriege viele Unruhen und Zerstörungen sah, wird wieder politisch normal. England hat sich bereits von Mesopotamien losgemacht und jetzt gab Frankreich Cilicien frei. Durch ein Abkommen zwischen dem Vertreter der französischen Regierung und Mustapha Kemal Pasha wird die ganze Provinz Cilicien den türkischen Nationalisten zurückgegeben. Zum Gestalt erhielt eine französische Gesellschaft eine Konzession auf der Bagdadbahn sowie eine andere zur Ausbeutung der Erz- und Silbergruben im Hatchute-Tal, unter der Bedingung, daß die Hälfte des Kapitals türkisch sein muß. Bald nach Beendigung des Abkommens verließ ein großer Teil der griechischen Bevölkerung das Gebiet. Der türkische Abzug wurde von der türkischen Bevölkerung als ein großes Ereignis gefeiert. Adana, der Hauptsitz der Regierung, Bafsch, zur Gründung alljährlich ein öffentliches Fest zu veranstalten. Ein allgemeiner Feiertag wurde erklärt, die Buden blieben geschlossen. Alle der nationalsozialistischen Gewerbetreibenden erhielten eine bedeutende Belohnung.

London. Auf Grund des russischen Friedensvertrages zwischen Russland und Finnland, der im März abgeschlossen worden ist, sind in Finnland als erste Worte der vereinbarten Zahlungen Sowjet-Militärmänner an den Golfof Finnland und Russland im Wert von etwa 50 Millionen Goldmark.

Die Regierung hat gegen überzeugende Mitteln des Angewandten und des Russischen Reichs nicht vorgegriffen. Die Sowjet, die aus Goldbarren und Goldsteinen besteht, kam in hundert Städten unter starker militärischer Bedeutung in einem Sonderzug an. Finnland verstandigte glauben, daß mit Hilfe dieser Summen, sowie einer Bergmengenzahlung von 8 bis 15 Prozent, die im politischen Kontext in zweiter Lesung angenommen worden ist und etwa 40 Milliarden polnische Mark ergeben soll, nahezu die gesamte (?) innere Schuld Finlands gelöst werden könnte, das gegenwärtig rund 200 Milliarden Mark Papiergegeld in Umlauf hat.

### St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Thursday at Muenster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION:  
\$2.00 per year, payable in advance.  
\$2.50 to the United States and abroad.  
Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES:  
Transient advertising \$1.00 per inch  
for first insertion, 50 cents per inch  
for subsequent insertions. Reading  
Notices 20 cents per count base.  
Display advertising \$2.00 per inch  
for 4 insertions, \$20.00 per inch  
for one year. Discount given on large  
contracts. Legal Notices 12 cents per  
page for 1st insertion, 8 cents later.

No advertisement admitted at any  
price, which the publishers consider  
unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to  
ST. PETERS BOTE,  
Muenster, Sask., Canada.